



Liebe Waldfreund*innen,

Liebe engagierte Menschen,

Als walddpolitischer Sprecher der GRÜNEN Landtagsfraktion möchte ich Euch und Sie über aktuelle Themen rund um Wald, Jagd und Nachhaltigkeit informieren. Gerne komme ich auch für Veranstaltungen oder Gespräche in Eure Kreise und Verbände. Wenn Interesse besteht, meldet Euch einfach bei meinem Büro.

Landeswaldgesetz NRW

Mit dem gestrigen Beschluss im Kabinett hat die Landesregierung einen wichtigen Schritt auf dem Weg zu einem neuen Landeswaldgesetz gemacht. Das bisherige Landesforstgesetz soll modernisiert und an die Herausforderungen der Klimakrise angepasst werden. Bereits in früheren Newslettern hatte ich darauf hingewiesen, dass unsere Wälder unter massivem Druck stehen: Dürre, Borkenkäfer, Stürme und Waldbrände haben große Schäden hinterlassen. Gleichzeitig soll der Wald Klimaschützer, Lebensraum, Erholungsort und Rohstofflieferant bleiben. Dafür braucht es verlässliche politische Rahmenbedingungen. Wiederbewaldung, klimaresiliente Mischwälder, Biodiversität und Wasserschutz stehen deshalb stärker im Mittelpunkt als zuvor. Dabei geht es nicht nur um aktive Pflanzung, sondern auch darum, natürliche Prozesse und Naturverjüngung dort zu ermöglichen und zu unterstützen, wo sie sinnvoll sind.

Die Wälder in NRW verändern sich bereits sichtbar. Große Schadflächen müssen wiederbewaldet werden, gleichzeitig steigen die Anforderungen an klimaangepasste Waldbewirtschaftung, Biodiversität und Wasserschutz. Mit unserer Novelle des Landeswaldgesetzes bringen wir deshalb unterschiedliche Interessen zusammen: den Schutz unserer natürlichen Lebensgrundlagen, die Unterstützung der Waldbesitzenden beim Waldumbau und die nachhaltige Nutzung des Rohstoffs Holz.

Was passiert jetzt? Mit dem Kabinettsbeschluss startet die Verbändebeteiligung. Waldbauernverbände, Umweltorganisationen, Fachverbände und weitere Akteur*innen können Stellungnahmen abgeben. Anschließend wird der Entwurf überarbeitet und erneut im Kabinett beraten, bevor das parlamentarische Verfahren im Landtag beginnt. Dort folgen Ausschussberatungen und eine Sachverständigenanhörung. Geplant ist ein Inkrafttreten des neuen Landeswaldgesetzes zum 1. Januar 2027.

Die kommenden Monate werden zeigen, welche Änderungen im parlamentarischen Verfahren noch eingebracht werden. Klar ist aber schon jetzt: Der Wald der Zukunft braucht verlässliche Regeln.

Waldstrategie NRW

Die neue [Waldstrategie für NRW](#) wurde am 23.04.2026 vorgestellt. Sie wurde unter Einbeziehung der Interessen aller Waldbesitzarten und weiteren am Wald interessierten Akteure erarbeitet. Die Waldstrategie ist ein Leitfaden für den Umgang mit Wäldern im Klimawandel. Die Auswirkungen des Klimawandels auf die heimischen Wälder und die damit verbundenen Herausforderungen werden erläutert und mit entsprechenden Handlungsempfehlungen adressiert.

Jetzt gilt es, die Maßnahmen umzusetzen und die Wälder durch mehr Vielfalt zukunftstauglich und widerstandsfähiger zu machen. Der gelungenen Waldstrategie - die in den kommenden Monaten/Jahren auch mit Maßnahmen und Finanzen unterlegt werden muss - folgt jetzt die Novelle des Landeswaldgesetzes für mehr Klarheit und Verbindlichkeit.

Austausch mit dem österreichischen Rechnungshof

Mit dem Haushaltskontrollausschuss des Landtags NRW war ich in Österreich unterwegs, um mich mit Vertreter*innen der dortigen Rechnungshöfe auszutauschen. Dabei ging es um die Frage, wie öffentliche Mittel wirksam, transparent und nachhaltig eingesetzt werden können – und welche Rolle moderne Rechnungshofarbeit dabei spielt.

Besonders spannend war der Einblick in die unterschiedlichen Ansätze der Wirkungskontrolle und der begleitenden Prüfung großer Projekte. Gerade bei langfristigen Infrastruktur- und Investitionsvorhaben kann eine frühzeitige Kontrolle helfen, Risiken zu erkennen und Fehlentwicklungen zu vermeiden.

Der Austausch hat erneut gezeigt: Gute Haushaltskontrolle lebt davon, voneinander zu lernen und Erfahrungen zu teilen. Viele der diskutierten Ansätze bieten auch für Nordrhein-Westfalen interessante Impulse – etwa bei Transparenz, Projektsteuerung und der Frage, wie öffentliche Gelder möglichst wirksam eingesetzt werden können.

Solche Gespräche über Ländergrenzen hinweg sind wertvoll, um parlamentarische Kontrolle weiterzuentwickeln und Vertrauen in staatliches Handeln zu stärken.



Gentechnik-Deregulierung in der EU

Eigentlich sollte im Umweltausschuss des Europäischen Parlaments letzte Woche über die geplante Deregulierung neuer Gentechnikverfahren abgestimmt werden. Doch die Abstimmung wurde kurzfristig verschoben. Hintergrund sind zahlreiche Änderungsanträge und weiterhin erhebliche Konflikte zwischen den Fraktionen.

Das zeigt deutlich: Die Debatte ist keineswegs entschieden. Im Gegenteil – der Widerstand gegen die geplante Aufweichung des EU-Gentechnikrechts wächst. Denn die Folgen der geplanten Verordnung wären weitreichend. Viele mit neuen Gentechnikverfahren erzeugte Pflanzen könnten zukünftig ohne Risikoprüfung, ohne Kennzeichnung und ohne Rückverfolgbarkeit auf den Markt kommen. Gleichzeitig droht eine weitere Konzentration von Marktmacht bei großen Agrar- und Chemiekonzernen durch zusätzliche Patente auf Saatgut.

Für viele landwirtschaftliche Betriebe wie für Verarbeitungsbetriebe gentechnikfreier Produkte, hätte das erhebliche Konsequenzen. Gentechnikfreie Produktion und regionale Vermarktung würden massiv unter Druck geraten. Verbraucher*innen könnten künftig kaum noch nachvollziehen, ob gentechnisch veränderte Produkte in Lebensmitteln enthalten sind.

Ein [aktuelles Rechtsgutachten](#) im Auftrag des BÖLW kommt zu dem Schluss, dass die geplante EU-Verordnung sowohl gegen geltendes EU-Recht als auch gegen internationales Umweltrecht verstoßen könnte.

Für uns Grüne ist deshalb klar: Das Vorsorgeprinzip darf nicht aufgeweicht werden. Landwirtschaft, Verbraucher*innen und Verarbeiter brauchen weiterhin Transparenz und Wahlfreiheit. Wer gentechnikfrei wirtschaften will, muss dies auch künftig verlässlich tun können. Die verschobene Abstimmung zeigt: Öffentlicher Druck wirkt. Die kommenden Wochen werden entscheidend dafür sein, ob in der EU bald flächendeckend Gentechnik auf den Feldern wächst.

PFAS im Wald

Am vergangenen Samstag ging es im Rahmen eines Waldspaziergangs mit dem Kreisverband Warendorf und Simone Eckermann vom Landesbetrieb Wald und Holz NRW um das Thema „PFAS – die unsichtbare Gefahr“.

Die per- und polyfluorierten Alkylsubstanzen, auch als Ewigkeitschemikalien bezeichnet, sind in vielen Produkten zu finden, mittlerweile aber auch in der Umwelt und den Wäldern. Besonders das kurzkettige und damit hochmobile Abbauprodukt TFA gelangt zu einem großen Teil durch Pestizide direkt in Nährstoff- und Wasserkreisläufe. Auch über die Luft können Bäume neben anderen Schadstoffen PFAS über ihre Blattoberflächen aufnehmen, die durch die wasserhaltigen Teile des Baumes transportiert werden oder im Herbst mit der Blatt- und Nadelstreu ihren Weg in den Waldboden finden und ebenfalls Teil der Kreisläufe werden. Somit gelangen PFAS nicht nur in andere Pflanzen und Tiere, sondern auch in den menschlichen Körper. Viele PFAS reichern sich im Körper an, und stehen im Verdacht, gesundheitsschädliche Wirkungen zu haben, unter anderem auf das Hormonsystem, sowie Leber und Nieren, und die Fruchtbarkeit negativ zu beeinflussen.

Der Eintrag von PFAS, insbesondere von TFA durch Pestizide in unsere Umwelt muss daher dringend gestoppt, und PFAS-freie Land- und Forstwirtschaft unterstützt werden. Wir brauchen mehr Transparenz für Verbraucher*innen und sichere Grenzwerte für Trinkwasser und Umwelt!



Termine und Veranstaltungshinweise

27. Mai, 20 Uhr: Waldkompakt – Waldbrand und Katastrophenschutz. Einwahl:
<https://us06web.zoom.us/j/86110542241?pwd=W4Qg2oMQpUbuISxgRLE9wPKrnt5eUS.1>

29./30. Mai: agrarpolitisches Vernetzungstreffen, Kiel

4. Juni, 10:30 – 13:30 Uhr: Exkursion ÖJV Revier Rommersberg, Haus Leppe, Engelskirchen

6. Juni, 11 bis 14 Uhr: LAG Wald, Landwirtschaft & ländlicher Raum, Dortmund



Team Gregor Kaiser